

POLITIKERBEZÜGE

Nach der Wahl kommt kräftige Erhöhung

Der Seiersberger SPÖ-Bürgermeister gönnt sich zusätzliche „Gehaltserhöhung“ und verdient nun 10.300 Euro im Monat. Auch FPÖ und ÖVP stimmten zu.

„Aufwandsentschädigung“ um 25 Prozent. Nach der Gemeinderatswahl 2005 hatte er zugesagt, das nicht mehr zu machen.

SPÖ, ÖVP und FPÖ stimmten im Gemeinderat für die „Gehaltserhöhung“. Breithuber meinte gegenüber der Kleinen Zeitung, man wolle weiter Projekte umsetzen, „aber nicht für Gottes Lohn“. Der hohe SPÖ-Funktionär Breithuber bekommt als Bürgermeister 5.000 Euro und als Landtagsabgeordneter zusätzlich 5.300 Euro pro Monat. Da kann man eine „Nulllohnrunde“ leicht verschmerzen.

Wie schon nach der letzten Gemeinderatswahl 2005 gönnte der Seiersberger SPÖ-Bürgermeister Werner Breithuber sich und den anderen Mitgliedern des Gemeindevorstandes auch diesmal eine kräftige Erhöhung der



Stimmte im Städtebund als einzige gegen Bezügeerhöhung; KPÖ-Abgeordnete Renate Pacher.

Bürgermeister wollen noch mehr

Damit nicht genug. Die Politikerinnen und Politiker im Städte- und Gemeindebund wollen die Bürgermeisterbezüge drastisch anheben. Die Vertreterin der KPÖ, Renate Pacher, stimmte als einzige



Gehaltsbeschränkung, Service und Hilfe, Geben statt nehmen: So wie die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr und die Landtagsabgeordneten Ernest Kaltenegger und Claudia Klimt-Weithaler verzichteten auch alle anderen Mandatarinnen und Mandatäre der KPÖ auf ihre Supergagen.

(Siehe auch „Weniger Geld für Politiker“ auf Seite 7)

dagegen. Vor den Wahlen redet man bei den Großparteien nicht offen über diese Pläne. Nach der Landtagswahl wird alles anders aussehen, wie man in Niederösterreich gesehen hat. Dort wurden nach der Landtagswahl die Bürgermeistergehälter drastisch erhöht. In der Steiermark sollen die Bürgermeister in Städten wie Voitsberg, Deutschlandsberg und Knittelfeld ca. 500 Euro monatlich mehr bekommen, in kleineren Städten wie Judenburg, Mürzzuschlag, Weiz oder Leibnitz sogar 700 Euro.

Claudia Klimt-Weithaler: „In der Steiermark gibt es viele, die Vollzeit arbeiten und nicht einmal 1000 Euro verdienen. Die können sich auch nicht einfach selbst ihren Lohn um ein Viertel erhöhen, obwohl sie es dringender nötig hätten als ein Politiker, der auch ohne diese Erhöhung mehr als 9.000 Euro verdient hat.“

KPÖ zeigt, dass es auch anders geht:

Abgeordnete verzichteten seit 1998 auf 1 Million Euro

Die Mandatarinnen und Mandatäre der KPÖ gehen seit viele Jahren einen anderen Weg und verzichten freiwillig auf den Großteil ihres Einkommens. Auf diese Weise konnten sie seit 1998 mit über 1 Million Euro Menschen in Notlagen helfen. Jedes Jahr gibt es einen „Tag der offenen Konten“, an dem die Verwendung der Gelder offengelegt wird. Bei der KPÖ gilt eine Gehaltsobergrenze von 2000 Euro aus Polit-Bezügen.

LANDESREGIERER

Unsummen

und SPÖ-Landesrat Siegfried Schrittwieser 18 Beschäftigte im jeweiligen Regierungsbüro. Zum Vergleich: EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso muss mit 17 Mitarbeitern auskommen.

Manfred Wegscheider (SP)	14
Johann Seitinger (VP)	16
S. Schützenhöfer (VP)	22
E. Grossmann (SP)	14

Damit nicht genug – in den Landtagsklubs setzen die Großparteien auch auf Riesenapparate. Die Klubbüros von SPÖ und ÖVP zählen je 11 Angestellte.

TEURE BERATER

Alle sollen sparen, während die Regierenden das Geld für sich selbst verpulvern. Die Landesregierung hat mehr als 16 Mio Euro für „Berater“ ausgegeben (und 10,7 für Eigenwerbung). Spitzenreiter war 2009 SPÖ-Landeshauptmann Franz Voves mit fast 3,9 Mio Euro. Dicht dahinter liegt ÖVP-Verkehrslandesrätin Edlinger-Ploder mit 3,4 Mio., gefolgt von Umweltlandesrat Wegscheider, der sich in seiner Visionslosigkeit um 3,3 Mio. Euro beraten ließ.

Noch frecher ist die Bundesregierung: Allein 2008 gab man 17,5 Mio. Euro aus.